

V0622/22

Reorganisation und kurzfristiger Personalbedarf im Referat VIII
(Referenten: Herr Prof. Dr. Rosenfeld, Herr Kuch)

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit vom 13.07.2022

Stadtrat Schäuble merkt an, dass die zu genehmigende Stelle nicht im Stellenplan aufgeführt worden sei.

Nach den Worten von Oberbürgermeister Dr. Scharpf sei dies die einzige Stelle, die nicht angekündigt gewesen sei.

Stadtrat Schäuble teilt mit, dass der Bedarf für diese Stelle nachvollziehbar sei, da die Aufgabenvielfalt der IFG und des Wirtschaftsreferates stetig wachse. Durch die gemeinsame Leitung sei der Aufgabenbereich fast deckungsgleich. Stadtrat Schäuble bemängelt, dass nach Beschluss des Stellenplans im Frühjahr, wieder Stellenplananträge vorgelegt werden. Wenn die Notwendigkeit gegeben sei, dies so früh zu verabschieden, dann müsse man auch konsequenter daran arbeiten, dass keine Stellen mehr nachträglich beantragt werden. Ansonsten regt er an, die Beschlussfassung über den Stellenplan nach hinten zu verlegen, damit dieses Problem gar nicht erst auftrete.

Dieser Hinweis auf das Prinzip erfolge zurecht, so Oberbürgermeister Dr. Scharpf. Das Prinzip sei fast eingehalten, bis auf diese Vorlage. Er betont, dass das Thema Wirtschaft und Wissenschaft von Bedeutung ist, da es einen echten Mehrwert generiere und damit die Stadt voranbringe.

Stadtrat Schülter fragt nach ob davon auszugehen sei, dass für den Rest des Jahres keine neuen Stellen nachgesteuert werden.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf betont, dass ansonsten kein neuer Stellenbedarf an ihn herangetragen wurde

Herr Prof. Dr. Rosenfeld betont, dass es sich hier um eine akute Notsituation handle. Ansonsten wären die im Voraus angemeldet worden. Zu Beginn der Schaffung des Referates sei der zu erwartende Aufwand durch die Verwaltung unterschätzt worden. Er habe sich darauf eingelassen, zunächst mit einer Minimalbesetzung einzusteigen. Durch den unvorhersehbaren Stellenwechsel eines Schlüsselmitarbeiters habe man gemerkt, dass man nicht ausreichend gut aufgestellt sei. Hier gehe es nicht vordergründig um die Anzahl der Stellen, sondern darum, strukturell arbeitsfähig zu werden. Herr Prof. Dr. Rosenfeld weist darauf hin, dass nicht alle Stellenbedarfe über die IFG abgebildet werden können. Dort seien bereits einige Stellen geschaffen und Aufgaben für die Stadt übernommen worden (z. B. Standortmarketing und Mobilfunkausbau). Diese hätten nicht selbstverständlich seitens der IFG übernommen werden müssen. Es können aber nicht beliebig viele Stellen bei der IFG geschaffen werden, um den städtischen Personalbedarf auszugleichen.

Es stehe außer Frage, dass eine Schaffung neuer Stellen in diesem Ausnahmefall notwendig sei. Aber in der Stellenplandiskussion habe man häufig das Argument seitens des Personalreferenten gehört, dass das Projekt „Aufgabenkritik“ noch laufe. Stadtrat Höbusch bittet hier um einen Zwischenbericht. Wenn Herr Prof. Dr. Rosenfeld anmerkte, dass sich die Aufgaben verändern, dann müsse der Stadtrat wissen, welcher Status betrachtet werde und was das Zielbild dieser ganzen Thematik sei.

Herr Kuch merkt an, dass ein solcher Bericht im Hinblick auf den aktuellen Stand der Aufgabenkritik generell geplant sei. Im Betreff dieser beiden Stellen sei es nicht zu erwarten, dass die Aufgaben, vor allen Dingen für das Zentrum für Kultur- und Kreativwirtschaft, kritisch gesehen werden. Diese Projekte, welche der Stadtrat erst Ende vergangenen Jahres beschlossen habe, können nun nicht in Frage gestellt werden. Herr Kuch könne sich nicht vorstellen, dieses Projekt wieder zu suspendieren.

Es sei grundsätzlich notwendig, dass ein Wirtschaftsreferat auch arbeitsfähig sei. Nach Worten von Stadtrat Stachel habe man in der Vergangenheit alles was in Richtung Wirtschaft ging, an die IFG geschoben. Dieses Modell funktioniere aber nur für eine gewisse Zeit. Ein Wirtschaftsreferent sei ein vorbereitender Schritt gewesen, um politisch in die Verwaltung hinein- oder aus der Verwaltung heraus wirken zu können. Die IFG hingegen sei nur eine Tochter und insofern vom Konstrukt etwas anderes. Die Personalunion in der Leitung, ist in der momentanen Situation sehr hilfreich, aber sicherlich nicht auf ewig festgeschrieben. Daher benötige das Amt eine bessere personelle Ausstattung. Stadtrat Stachel verweist auf den Bereich Kultur- und Kreativwirtschaft, welcher bisher noch nicht betreut worden sei. Dies sei seines Erachtens eine komplette Neugeburt. Hier müssen evtl. Stellen verlagert werden.

Herr Prof. Dr. Rosenfeld informiert, dass sich im Referat VIII damit eine Mitarbeiterin mit geringen Zeiteinsatz befasse. Im Kultur- und im Liegenschaftsamt seien ebenfalls Mitarbeiter geringfügig befasst. Man sei u. a. durch den intensiven Austausch mit dem Regensburger Clustermanagement zur Erkenntnis gelangt, dass wenn dieses Projekt realisiert werden soll, es nicht ausreiche, sich aus verschiedenen Stellen, on top zur normalen Arbeit, zu einem Arbeitskreis zu treffen. Hier müsse sich eine Person hauptamtlich kümmern. Fraglich sei auch die organisatorische Ansiedlung des Kultur- und Kreativzentrums und dessen Leitung. Hier könne man entweder Kultur oder Wirtschaft als maßgeblich betrachten. Gemeinsam habe man sich für ein Kooperationsmodell auf eine federführende hauptamtliche Verortung im Wirtschaftsreferat entschieden. Dabei verweist Herr Prof. Dr. Rosenfeld auf die Organisation in Regensburg. Da nicht abzusehen sei, ob dies eine Daueraufgabe für das Referat wird, sei die Stelle zeitlich befristet. Eine Analyse nach drei Jahren sei deshalb sinnvoll. Herr Prof. Dr. Rosenfeld betont, dass es nicht darum gehe, eine Dauerstelle zu schaffen, sondern darum, bestmöglich aufgestellt zu sein, um das Projekt zu einer Umsetzung führen zu können.

Stadtrat Stachel stelle die Stelle nicht in Frage. Bisher sei dies verstreut angesiedelt gewesen. Insofern stelle sich die Frage ob man nicht einzelne Teilstellen zu einer Ganzen verbinden könne. Somit müsse keine zusätzliche Stelle geschaffen werden.

Herr Kuch stellt klar, dass die Aufgabe vom Thema in unterschiedlichen Bereichen verantwortet werde. Dies sei aber eine theoretische Betrachtung. In der Praxis seien diese Aufgaben bisher weder im Kulturbereich, noch im Bereich Wirtschaft angefallen. Stellen können umgeschichtet werden, wo Aufgaben bisher bei unterschiedlichen Referaten angefallen sind. Dies sei aber bisher nirgends erfolgt. Insofern gebe es keine Stellenressourcen, welche umgeschichtet werden können.

Stadträtin Peters erinnert an das Thema von vor ca. zehn Jahren. Hier sei dies von Herrn Lorenz seitens der IFG bearbeitet worden. Dabei verweist sie auf viele stattgefundenen Workshops der IFG. In den Folgejahren sei dieses Thema nicht mit dem nötigen Interesse verfolgt und sei wieder geparkt worden.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.